



Antrag

der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Günther Felbinger, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Alexander Muthmann, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

**Fluchtursachen bekämpfen:
Europäische Sonderfinanzierung für UN-Flüchtlingshilfe im Nahen Osten und Afrika**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf Bundes- und Europaebene einzusetzen, dass die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten kontinuierlich ausreichende Finanzmittel für die Flüchtlingshilfe in den Fluchtherkunftsländern zur Verfügung stellen, um bestehende Finanzierungslücken in diesem Jahr und in den kommenden Jahren vollständig zu schließen.

Begründung:

Die Nebenorgane und Sonderorganisationen der Vereinten Nationen, die in Syriens Nachbarländern Libanon und Jordanien humanitäre Hilfe leisten, sind aufgrund zu weniger finanzieller Mittel seit einiger Zeit gezwungen, ihre Leistungen zu kürzen. Sie sind deshalb nicht mehr in der Lage, eine Grundversorgung für Millionen von Flüchtlingen aufrecht zu erhalten. Insbesondere mangelt es an Lebensmitteln und ausreichender Gesundheitsversorgung. In den vergangenen Monaten gab es nicht nur in den Flüchtlingscamps im Libanon und Jordanien, sondern auch in Kenia, Uganda und dem Tschad schon mehrere Rationierungen der Verpflegung. Für den „Regional Refugee and Resilience Plan“ für Syrien besteht laut Zahlen des UNHCR vom 25. August für 2015 eine Finanzierungslücke von 59 Prozent bzw. knapp 800 Mio. Dollar. Laut WHO fehlten im August 92 Prozent der knapp 61 Millionen Dollar, um die Gesundheitsversorgung im Irak, die schon heute in weiten Teilen nicht mehr möglich ist, wieder zu gewährleisten. Gegenwärtig mangelt es deshalb an medizinischer Versorgung für etwa drei Millionen Menschen in diesem Land. Solche Finanzierungslücken in den Fluchtherkunftsländern müssen als eine erste Maßnahme zur Bekämpfung der Fluchtursachen gemeinsam von der EU und ihren Mitgliedstaaten noch in diesem Jahr und in den Folgejahren vollständig geschlossen werden, damit die betroffenen Flüchtlinge sich nicht mehr mit Hilfe von Schleppern auf den lebensgefährlichen Weg in Richtung Europa aufmachen. Die am jüngsten EU-Gipfel beschlossenen Beträge i.H.v. einer Milliarde Euro sowie die Verpflichtung der G7-Staaten und weiterer Länder i.H.v. 1,9 Mrd. Dollar reichen hierfür bei Weitem nicht aus: Alleine für Syrien beziffern laut Medienberichten die UN-Hilfsorganisationen den diesjährigen Finanzbedarf auf 7,4 Mrd. Dollar, von denen bisher gerade einmal 37 Prozent akquiriert werden konnten. Für die in die Nachbarländer geflohenen Syrer fehlen immer noch 59 Prozent der benötigten 4,5 Mrd. Dollar.